

# QUARTALSBERICHT

**Projektländer:** Jordanien, Syrien, Libanon

**Quartal / Jahr:** I / 2012

## **1. SCHLAGZEILEN**

### **1.1 Jordanien**

- Politische Reformen kommen nur langsam voran
- Wirtschaftliche Reformen lassen auf sich warten
- Anhänger der Reformbewegung stärker als bisher im Focus der Überwachung

### **1.2 Syrien**

- Beobachtermission der Arabischen Liga gescheitert
- Präsident Assad kündigt für den 05. Mai 2012 Parlamentswahlen an, nachdem er am 26. Februar 2012, im Rahmen eines Referendums, sein Volk über eine neue Verfassung hat abstimmen lassen

### **1.3 Libanon**

- Regierung Mikati bereits mehr als neun Monate im Amt - länger, als von Vielen bei ihrer Ernennung am 13. Juni 2011 gedacht
- Ereignisse in Syrien haben Auswirkungen auf die libanesische Wirtschaft und zunehmend auch auf das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In den zurückliegenden drei Monaten hat sich in einer Reihe von Ländern, die mit Ausbruch des 'Arabischen Frühling' Anfang 2011 in einen Transformationsprozess eingetreten sind, weiter verfestigt, was sich in den Monaten zuvor bereits abzeichnen begonnen hatte.

Die Menschen, die seit nunmehr bis zu 15 Monaten gegen politische Bevormundung, Unterdrückung sowie Korruption, und stattdessen für demokratisch legitimierte Strukturen und politische Partizipation, insbesondere aber auch für eine Verbesserung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage, für mehr und vor allem auskömmlich bezahlte Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven ganz allgemein auf die Straße gehen, laufen in einigen Ländern zunehmend Gefahr, von neu auf den Plan getretenen Kräften vereinnahmt, wenn nicht gar um die Früchte ihres Erfolgs gebracht zu werden.

Die überwiegend jungen Leute, die nicht nur in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen, Jordanien und Marokko, sondern, wenn auch mit geringerer Intensität, auch in Algerien, Bahrain und Saudi-Arabien auf die Straße gehen

bzw. gegangen sind, hatten zumindest zu Beginn der Proteste eines gemeinsam. Sie kämpften für Werte und Prinzipien, die der Westen, insbesondere nach Beendigung des Kalten Krieges und seit 1996 auch auf ein Mandat der UN-Vollversammlung gestützt, zunehmend einfordert. Sie forderten das, was man gemeinhin als 'gute Regierungsführung' bezeichnet: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Verantwortlichkeit, Gerechtigkeit, Partizipation, (Verwaltungs-) Transparenz und Effizienz. Sie forderten das, was anderenorts selbstverständlich ist und ganz allgemein auch mit Bürgerrechten umschrieben werden kann. Sie forderten einen Staat, der sich um seine Bürger kümmert.

In Ländern wie Tunesien, Ägypten, Jemen und Syrien war bzw. ist der Sturz der jeweiligen Präsidenten das erklärte (Zwischen-) Ziel. In Marokko und Jordanien zielen die Forderungen auf Veränderungen im bestehenden System. In Saudi-Arabien, Bahrain und im Jemen, zunehmend aber auch in Syrien, haben die Proteste darüber hinaus eine stark innerislamische Komponente. In Bahrain ist dies der Kampf einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit gegen das sunnitische Herrscherhaus von König *Hamad bin Isa al-Khalifa*, in Saudi-Arabien ist es das Aufbegehren einer schiitischen Minderheit gegen das wahhabitische Königshaus der Al-Sauds. Selbst in Syrien, wo Religionszugehörigkeit bisher kein Thema war, wächst sich der Konflikt zunehmend zu einer Auseinandersetzung der beiden großen Strömungen des Islam aus und im Jemen, wo schiitische Zaiditen 897 n.Chr. ein Imamats errichtet hatten, welches bis 1962 Bestand hatte, ist der 2004 ausgebrochene Aufstand der schiitischen Huthi gegen die Regierung in Sanaa alles andere als beendet (trotz der groß angelegten militärischen Offensive der jemenitischen Regierung im Jahr 2009, deren Truppen von saudischen Militär- sowie marokkanischen und jordanischen Eliteeinheiten unterstützt worden sein sollen).

Diejenigen, die die Proteste bisher getragen haben, waren überwiegend Muslime. Gleichwohl waren ihre Forderungen anfänglich alles andere als islamisch oder gar islamistisch. Im Gegenteil. Sie kämpften für Demokratie, haben im Rahmen ihres Kampfes aber bewusst oder unbewusst offen gelassen, für welche Form der Demokratie. Für eine Demokratie nach westlichem Muster, also einen säkular organisierten Staat, oder aber für eine islamische Republik, als deren bekanntester Vertreter in der Region der Iran zu nennen ist.

Wer sich ein wenig mit dem Islam und seinen beiden Quellen, dem Koran und der Sunna, beschäftigt, dem stellt sich zwangsläufig die Frage, ob Islam und Demokratie überhaupt zusammen gehen. Der aus dem Islam abgeleitete Islamismus, eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Auffassungen und Handlungen - man könnte auch sagen politische Ideologien, strebt eine allein religiös legitimierte Staats- und Gesellschaftsordnung an. Auch wenn der Islamismus nur eine von mehreren Auslegungsformen des Islam ist, so ist er doch eine, die sich spätestens seit der Gründung der (ägyptischen) Muslimbruderschaft durch *Hassan al-Banna* im Jahre 1928 zunehmender Beliebtheit erfreut. Eine der, wenn nicht die Hauptforderung der Islamisten ist die Einheit von Religion und Staat. Säkularisierungstendenzen werden als unzulässig verworfen, da der Islam ein in ihren Augen allumfassendes Norm- und Wertgefüge ist, das neben der individuellen Lebensführung auch die gesellschaftliche Ordnung, die Wirtschaft, das Recht und die Politik umfasst. Jeder Versuch der Trennung von Religion und Staat wird daher als Verstoß



gegen den Islam bewertet. Kann aber eine Staatsform, in der Gott und nicht das Volk der höchste Souverän ist, als demokratisch bezeichnet werden? Insbesondere vor dem Hintergrund, dass dieser Gott sich nicht selbst äußern kann? Dieser hat seine Botschaft vor 1.400 Jahre den Menschen, die damals in und um Mekka und Medina gelebt haben, durch den Propheten Mohammed verkündet. Heute leben aber mehr als 75% der Muslime außerhalb der arabischen Welt und sie leben in einer Welt, die mit der Welt von vor 1.400 Jahren nichts mehr gemein hat. Kann daher die Botschaft von vor 1.400 Jahren der Maßstab für das Zusammenleben der Menschen in der heutigen Zeit sein? In der wortgetreuen Anwendung des Koran und der Sunna wohl eher nicht, in der inhaltlichen Zielsetzung schon. Letzteres würde jedoch so etwas wie eine Anpassung der Botschaft Gottes an Ort und Zeit notwendig machen, was durch eine Auslegung des Koran im Hinblick dessen, was Gott mit seiner Botschaft den Menschen sagen wollte, geschehen könnte. Ein solcher Ansatz würde weniger die konkrete Regelung denn die in ihr enthaltene Zielsetzung in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Eine solche Vorgehensweise wäre andererseits so radikal wie gefährlich, da sie das bisherige Verständnis des Korans in Frage stellen würde. Unter anderem deshalb wird sie von der Mehrzahl der Muslime, insbesondere aber von den Islamisten, abgelehnt. Sie ist darüber hinaus praktisch fast nicht umzusetzen. Wer sollte über die islamkonforme Auslegung des Koran befinden, zumal der Koran von den verschiedenen Glaubensrichtungen des Islam unterschiedlich ausgelegt wird? Der Islam kennt keine übergeordnete Institution wie es z.B. die katholische Kirche ist. Im Islam wird diese Funktion von einer Vielzahl von Rechts- und Religionsgelehrten wahrgenommen. Das Problem der in die Geschichte eingebetteten Botschaft Gottes besteht übrigens nicht nur im Islam. Es besteht gleichermaßen auch im Judentum und Christentum. Versucht man in der Gegenwart das Alte und Neue Testament bzw. die hebräische und die christliche Bibel so, wie diese vor 2.000 und mehr Jahren verkündet und niedergeschrieben worden sind, zu leben, so stößt man an die gleichen Grenzen. Das dargestellte Problem lässt sich grundsätzlich auch nicht durch die Trennung von Religion und Staat lösen. Dadurch, dass man es aber in den privaten Bereich verlagert, wird jedem Einzelnen die Möglichkeit eingeräumt, selbst darüber zu entscheiden, wie er seine Religion leben möchte. Religion wird so zur Privatsache, was schlussendlich dem Gedanken des Säkularismus entspricht. Dass genau das von der Mehrzahl der Muslime, vor allem aber von den Islamisten, abgelehnt wird, wurde bereits ausgeführt. 'Der Islam ist die Lösung', so lautet vielmehr die Losung der Islamisten und Islam ist das, was wörtlich im Koran geschrieben steht und im Rahmen der Sunna überliefert ist. Die von den Islamisten so angestrebte Staatsform würde letzten Endes auf ein diktatorisches System hinauslaufen, welches die Gottes- über die Volkssouveränität stellen würde. Die Anwendung islamischen Rechts impliziert darüber hinaus die Diskriminierung von Frauen und Nichtmuslimen, und es stellt die Abkehr vom Islam unter Todesstrafe. Die zuvor in aller Kürze dargelegten Sachverhalte lassen nicht unbegründet die These zu, dass der Islamismus nur schwerlich, wenn überhaupt, mit einem demokratischen Verfassungsstaat in Übereinklang zu bringen ist.

Wenn heute von Islamismus die Rede ist, so wird dieser vielfach und ganz unwillkürlich mit Terror und Gewalt in Verbindung gebracht. Es verwundert daher auch nicht, dass der Islamismus häufig im Zusammenhang mit Begrif-

fen wie 'Fundamentalismus', 'Extremismus' oder auch 'Dschihadismus' verwendet wird. Diese Vorgehensweise verkennt, dass der Islamismus viele Ausprägungen hat. Nur kurz angerissen seien hier die beiden Hauptströmungen, der institutionelle bzw. reformorientierte sowie der gewaltgeneigte bzw. dschihadistische Islamismus. D.h., nicht alle Islamisten sind grundsätzlich gewaltorientiert. Der bekannteste Vertreter des Islamismus ist die ägyptische Muslimbruderschaft, die 1928 in Islamia gegründet worden ist. Sie hat sich über die Jahre in eine Reihe arabischer und auch nicht arabischer Länder ausgebreitet. Jordanien und Syrien sind diesbezüglich an erster Stelle zu nennen. Aber auch in Saudi-Arabien, Tunesien, Libyen, Sudan, Algerien, Libanon und Palästina gibt es mehr oder weniger unabhängige Ableger der 'Ur-Bruderschaft' aus Ägypten. Die palästinensische Hamas wurde 1987 als Zweig der ägyptischen Muslimbruderschaft gegründet. Die islamistisch-fundamentalistische Bruderschaft zählt neben dem Wahhabismus zu den einflussreichsten Elementen des Islamismus, wobei sie bei Weitem nicht so monolithisch ist, wie man vielleicht annehmen würde. So ist seit einigen Jahren zu beobachten, dass sich neben einem theokratisch ausgerichteten Zweig auch ein Zweig herausgebildet hat, der für die Einführung einer Demokratie mit islamischen Elementen eintritt. Eine Entwicklung, die der Wahhabismus strikt ablehnt. Das Wirken der Muslimbrüder war bisher überwiegend auf Sozialarbeit ausgerichtet. Ihre Anhänger haben sie größtenteils durch Präsenz im Alltagsleben und weniger durch politische Agitation gewonnen. Zuvor dort, wo der Staat entweder nicht präsent war oder aber versagt hat. Ein Grund, warum das Engagement der Muslimbrüder bisher weitgehend auf den sozialen Bereich beschränkt war, liegt darin, dass ihnen politische Betätigung in vielen Ländern untersagt war (eine der diesbezüglich wenigen Ausnahmen war bzw. ist Jordanien). Dies hat sich seit Beginn des 'Arabischen Frühling' geändert. In den arabischen Ländern, in denen seither Wahlen stattgefunden haben, sind die Muslimbrüder zur bestimmenden politischen Kraft geworden (Marokko, Tunesien, Ägypten). In Libyen haben sie am 03. März 2012 die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung gegründet.

Die (sunnitische) Muslimbruderschaft ist nicht die einzige Bewegung, die eine Rückbesinnung der Gesellschaft auf die Werte ihrer Vorväter anstrebt. Der Stamm der Wahhabiten, der eine sehr konservative und dogmatische Richtung des (sunnitischen) Islam vertritt, stellt mit seiner Ideologie die geistige Grundlage Saudi-Arabiens dar. Wohin die die Wahhabiten wollen, kann man einmal mehr an den jüngsten Ausführungen des saudi-arabischen Großmufti *Abdul Asis bin Abdullah el Scheich* erkennen. Gegenüber Parlamentariern aus Kuwait führte er in einem Gespräch am 23. März 2012 allen Ernstes aus, dass auf der arabischen Halbinsel (nicht nur in Saudi-Arabien) ein Verbot für den Bau neuer Kirchen ausgesprochen werden muss, und dass die bereits bestehenden Kirchen abgerissen werden müssen, da es derer viel zu viele gibt.

Bevor im Folgenden noch kurz auf einige Entwicklungen in der Region eingegangen werden soll, soll der Vollständigkeit halber nicht unerwähnt bleiben, dass bzgl. des Islamismus nicht nur zwischen seiner institutionellen und seiner gewaltgeneigten Ausprägung unterschieden werden muss. Wenn man von Islamismus spricht, muss man vielmehr auch vor Augen haben, dass es diesen auch in einer sunnitischen sowie in einer schiitischen Ausprägung gibt. Zur frühen Spaltung des Islam in eine sunnitische und schiitische Glaubens-



richtungen nur in aller Kürze ein paar wenige Informationen (die erste schiitische Glaubensrichtung, die Imamiten bzw. Zwölfer-Schiiten, spaltete sich später weiter in Ismailiten bzw. Siebener-Schiiten, Zaiditen bzw. Fünfer-Schiiten, Aleviten und schließlich Alawiten. Die Volksgruppe der überwiegend im Libanon und in Syrien ansässigen Drusen ist eine Abspaltung der Fatimiden, die ihrerseits zu den Ismailiten zählen).

Nach dem Tod des vierten Kalifen, Ali ibn Abi Talib, hat sich der Islam in zwei verschiedene Richtungen weiter entwickelt (die Nachfolger des Propheten Mohammed werden als Kalifen bezeichnet, was so viel wie 'Nachfolger des Gesandten Gottes' bedeutet). 661 n.Chr., dem Jahr der Ermordung Alis, kam es zum Schisma. Die Parteigänger Alis, fortan Schiiten genannt (Schi'at Ali - die Partei Alis), zogen sich mit ihrem neuen Kalifen Hassan, einem Sohn Alis, in den heutigen Süd-Irak zurück und der zeitgleich zweite Nachfolger Alis, der Kalif Muawiya, begründete in Damaskus das Kalifat der (sunnitischen) Umayyaden. Während der folgenden 19 Jahre bestanden beide Kalifate nebeneinander, durchaus aber noch mit der Chance einer Wiedervereinigung. Im Jahr 680 n.Chr. kam es dann bei Kerbala, circa 80 Kilometer südwestlich von Bagdad gelegen, zwischen den Anhängern des alidischen bzw. schiitischen Kalifen Hussein, dem zweiten Sohn Alis und Nachfolger Hassans, und dem sunnitischen Gegenkalifen Yazid I., dem Nachfolger Muawiyas, zur Schlacht, in der Hussein den Tod fand. Dies führte zur endgültigen Spaltung des Islam. Husseins der Überlieferung nach aussichtsloser aber aufopferungsvoller Kampf gegen einen mehrfach überlegenen Gegner wird heute als Ausgangspunkt für die Entwicklung des Konzeptes religiöser Märtyrer angesehen. Die Schlacht von Kerbala ist das zentrale Ereignis der frühen Geschichte des Islam der Schiiten. Dem Jahrestag dieser Schlacht bzw. dem Tod Husseins wird heute von allen Muslimen im Rahmen des Aschura-Festes gedacht. Aus den Medien sind insbesondere die von den Schiiten in Trauerkleidung begangenen Trauerprozessionen und die damit einhergehenden Selbstgeißelungen bekannt. Die Sunniten begehen diesen Tag als Fastentag.

Bevor auf die Entwicklungen der letzten drei Monate in Jordanien, Syrien und im Libanon eingegangen wird, noch kurz einige Anmerkungen zu den jüngsten Entwicklungen in einigen anderen arabischen Ländern.

In Tunesien, Marokko und Ägypten haben in den zurückliegenden fünf Monaten Parlamentswahlen stattgefunden, deren Ergebnisse man nicht wirklich als überraschend bezeichnen kann. Überraschend war wenn, dass in Ägypten mit Al-Nour eine als radikal-salafistisch einzustufende Partei knapp ein Viertel der abgegebenen Stimmen hat erringen, und aus dem Stand zur zweitstärksten Kraft avancieren können. Überraschend und enttäuschend auch, dass die liberalen und säkularen Kräfte und mit diesen die Jugendbewegung, die ganz wesentlich den Sturz Mubaraks betrieben hat, nur ein knappes Fünftel der Parlamentssitze hat erringen können. Sie sind, zusammen den liberalen Parteien, als die großen Verlierer der Wahlen in Ägypten zu bezeichnen.

Einmal mehr stellt sich die Frage, ob anderes zu erwarten wirklich realistisch war.

Die Reaktion der Weltöffentlichkeit, insbesondere die des Westens, erinnert ein wenig an den Abend des 25. Januar 2006, als sich das Ergebnis der Parlamentswahlen in der palästinensischen Westbank, im Gaza-Streifen und in Ost-Jerusalem abzuzeichnen begann, und am Ende die Hamas, 1987 als Zweig der ägyptischen Muslimbrüder gegründet, mit 74 Sitzen die absolute Mehrheit im palästinensischen Parlament errungen hatte (was 56% der insgesamt zu vergeben gewesenen 132 Sitze entsprach). Wichtiger noch als die Mehrheit war der Hamas damals, dass sie 64% mehr als die 45 Sitze ihres großen Widersachers, der Fatah, hat erringen können.

Auch damals waren große Teile der Weltöffentlichkeit überrascht. Hatte der Westen zunächst demokratische Wahlen in Palästina unterstützt bzw. sogar gefordert, war er nach dem Sieg der Hamas bemüht, deren Ergebnis klein zu reden und zu ignorieren. Auch damals war weniger der Sieg der Hamas als dessen Höhe das wirklich Überraschende.

Wie wird man jetzt mit den Wahlergebnissen in Tunesien und vor allem Ägypten umgehen?

Viele Jahre hat der Westen die Präsidenten der beiden vorgenannten Länder massiv unterstützt, um dann zu Beginn des Jahres 2011 die Pferde so schnell zu wechseln, d.h. die beiden Präsidenten fallen zu lassen, dass die Machthaber in den Golfstaaten sich über Nacht nicht mehr der Unterstützung des Westens sicher waren. Glaubte man damals wirklich, dass jetzt die Zeit für die Demokratie in einer Reihe von arabischen Ländern reif war? Wenn dem so war, so ist die Enttäuschung jetzt natürlich groß. Schon früh hatten Kenner der Region vor zu viel diesbezüglicher Euphorie gewarnt. Jetzt, nach den vorliegenden ersten Wahlergebnissen, wird man nicht umhin kommen, sich mit den neuen Gegebenheiten auseinanderzusetzen. Auch 15 Monate nach Ausbruch der Proteste scheint sich der Westen damit schwer zu tun. Der Irak hätte eigentlich schon erahnen lassen müssen, dass mit dem Sturz eines Regimes die Probleme nicht gelöst sind, sondern vielfach erst richtig beginnen (zumal, wenn davor über Jahrzehnte keine Oppositionsparteien und kein politisches Engagement erlaubt waren).

Während man sich in Tunesien und Ägypten weitgehend herausgehalten hat (in Ägypten sieht man dies etwas differenzierter, was zu den bekannten Problemen einer Reihe ausländischer NGOs geführt hat, und was sich aktuell in den Vereinigten Arabischen Emiraten zu wiederholen scheint), sah man sich in Libyen veranlasst, nicht nur die Opposition zu unterstützen, sondern auch militärisch einzugreifen. Das mühsam erreichte Ziel war der Sturz von Präsident *Muammar al-Gaddafi*, der noch im Dezember 2007 vom französischen Staatspräsidenten bei dessen Staatsbesuch in Paris mit militärischen Ehren empfangen worden war (eine Ehre, die übrigens auch dem syrischen Präsidenten *Baschar al-Assad* am 13. und 14. Juli 2008 in Paris zuteil geworden war, als er vom französischen Staatspräsidenten zum Gründungsgipfel der Mittelmeerunion und zur traditionellen Parade am französischen Nationalfeiertag eingeladen worden war. Demokratie, Menschenrechte und andere heikle Themen waren auch bei diesem Umworbene, der aktuell noch um sein politisches Überleben kämpft, kein Thema). Aber auch andere hochrangige Politiker europäischer Staaten sowie die USA hatten, lukrative Wirtschaftsabschlüsse vor Augen, seit spätestens 2006 ihre Berührungängste abgelegt



und zu Libyen wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. Das gegen Libyen verhängten Wirtschaftsembargo war bereits Ende 2003 vollständig aufgehoben worden. Der Absturz von Pan-AM-Flug 103 am 21. Dezember 1988 über Lockerbie, der Absturz von UTA-Flug-772 am 19. September 1989 über der Wüste Ténéré und der Anschlag auf die Diskothek La Belle am 05. April 1986 in Berlin, die alle auf das Konto des libyschen Präsidenten bzw. dessen Geheimdienst gehen, lagen lange zurück. Nach dem die Opfer finanziell entschädigt waren, galt es wieder nach vorne zu schauen und die wirtschaftlichen Interessen nicht zu vernachlässigen. Libyen wurde darüber hinaus zu einem begehrten Partner bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung nach vor allem Italien, was das Drängen europäischer Staaten nach einem Aufheben des Waffenembargos gegen Libyen nach sich zog. Was 2011 den neuerlichen Kurswechsel verursacht hat, ist noch nicht zweifelsfrei klar. Das einmal mehr mit dem Sturz des Machthabers nicht alle Probleme gelöst sind, scheint erst langsam in das Bewusstsein der Politik zu dringen. Schon gibt es im Osten des Landes, in der Cyreneika, Unabhängigkeitsbestrebungen, und das könnte erst der Anfang sein. Libyen ist wie der Jemen und wie Jordanien ein Land, das bis zum Sturz der Monarchie im Jahre 1969 sehr stark durch tribale Strukturen geprägt war und es heute zunehmend wieder wird. Diese Strukturen wurden in den zurückliegenden mehr als 40 Jahren von Gaddafi nur unterdrückt, nicht aber aufgelöst (so wenig, wie diese Problematik im Jemen und in Jordanien als gelöst bezeichnet werden kann). Die so weiter bestehenden Konfliktpotentiale dürften dem angestrebten Neuanfang in Libyen noch zu schaffen machen. Dies gilt auch für die Waffen und die Munition, mit denen man die Opposition für ihren Kampf gegen Gaddafi ausgestattet hat und die die Aufständischen darüber hinaus aus Waffen- und Munitionsdepots des gestürzten Regimes erbeutet haben.

In Marokko wurde bereits Mitte 2011 die Verfassung überarbeitet. Das marokkanische Volk hatte die Möglichkeit, über die neue Verfassung abzustimmen. Die Wahlbeteiligung (73%) und die Zustimmung (98%) waren hoch.

In Tunesien tagt seit Ende November 2011 die verfassungsgebende Versammlung, deren 217 Mitglieder sich in den kommenden Wochen und Monaten auf eine neue Verfassung zu einigen werden versuchen. In Ägypten wurden am 24. März 2012 die insgesamt 100 Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung gewählt. Zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der beiden Kammern des Parlaments sowie unabhängigen Persönlichkeiten, Juristen und Vertretern von Berufsverbänden und anderen Institutionen bestehend, werden bis zu 70 der Gewählten dem islamistischen Lager zugerechnet. Nur sechs Frauen und fünf Christen gehören dem Gremium an. Dass der bisherige Zeitplan eingehalten, d.h. die neue ägyptische Verfassung noch vor dem für den 23. und 24. Mai 2012 angesetzten ersten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen verabschiedet werden wird, scheint eher unwahrscheinlich. Den bei den Parlamentswahlen siegreichen Muslimbrüdern fällt es zunehmend schwer, sich in politischer Zurückhaltung zu üben. Die politischen Angriffe auf die amtierende Übergangsregierung von Kamel El-Ganzouri und den Obersten Militärrat nehmen fast täglich zu. Entgegen erster Verlautbarungen wollen die Muslimbrüder jetzt doch mit einem eigenen Kandidaten, ihrem stellvertretenden Vorsitzenden, Chairat al-Schater, bei den Präsidentschaftswahlen antreten.

Im Jemen haben am 21. Februar 2012 Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Die gute Nachricht ist, dass die Jemeniten ihren bisherigen Präsidenten, Ali Abdullah Saleh, nach fast 34 Jahren Amtszeit 'losgeworden' sind. Die schlechte Nachricht ist, dass Saleh bisher offenbar nicht dazu zu bewegen war, das Land zu verlassen. Mehrfach waren Länder wie der Oman und Äthiopien als mögliche Asylländer im Gespräch. Bisher hat sich Saleh jedoch standhaft geweigert, ins Exil zu gehen. Juristisch hat er im Jemen nichts zu befürchten. Das jemenitische Parlament hat ihm und einer Reihe von Getreuen vor seiner Abwahl umfassende Straffreiheit zugesichert. Hierzu wurde ein Gesetz verabschiedet. Dies war Bestandteil des von Saudi-Arabien und den USA eingefädelten 'Deals', der den Rückzug Salehs überhaupt erst möglich gemacht hat. Mehr als 80% der jemenitischen Bevölkerung hat keinen anderen Präsidenten als Saleh erlebt, der auch nach seiner Abwahl über Verwandte und Familienmitglieder beträchtlichen Einfluss auf große Teile der Sicherheitskräfte (Polizei, Militär und Geheimdienste) hat. Der 1990 nach 23 Jahren Trennung wieder vereinte Jemen erlebt derzeit eine Entwicklung, die eine neuerliche Abspaltung des Südens nicht ausgeschlossen erscheinen lässt. Der neue Präsident, Abed Rabbo Mansur Hadi, seit 1994 Vize-Präsident des Jemen, wurde zunächst für zwei Jahre gewählt. Die Präsidentschaftswahlen sind eher als Abwahl Salehs denn als Wahl Hadis zu bezeichnen, zumal es keinen Gegenkandidaten gegeben hat. Der Jemen ist das Armenhaus der arabischen Welt. Er wird als der 'kaputtteste' der arabischen Staaten bezeichnet. Neben Al-Kaida im Süden wirken im Norden des Landes, wie in anderen Staaten der arabischen Welt auch, Kräfte, die sich aus dem Spannungsverhältnis von Sunniten und Schiiten ergeben. Der Volksgruppe der Huthi, die Zaiditen und damit Schiiten sind, soll rund ein Drittel der Bevölkerung des Jemen angehören. Zaiditische Imame waren es, die bis 1962, mehr als 1.000 Jahre, die Herrschaft im Norden des heutigen Jemen ausgeübt haben. Wie die (sunnitischen) Königshäuser in Marokko und Jordanien reklamieren die Huthis ihre Abstammung vom Propheten. Seit 2004 rebellieren sie im Nord-Jemen gegen die sunnitische Staatsmacht. Über die Jahre hat sich diese Auseinandersetzung zu einer Art Stellvertreterkrieg der beiden Regionalmächte Saudi-Arabien (Sunniten) und Iran (Schiiten) entwickelt. Wiederholt wurde in den zurückliegenden Jahren berichtet, dass 2009 jordanische und marokkanische Eliteeinheiten im Nord-Jemen im Einsatz waren, um die jemenitisch-saudische Offensive gegen die aufständischen Huthi zu unterstützen. Die separatistisch motivierten Auseinandersetzungen mit dem Süden, die bereits wenige Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden jemenitischen Staaten begannen, tragen zur weiteren Destabilisierung des Landes bei. Die Unterschiede des überwiegend islamisch und tribal strukturierten Nordens (Staatsbezeichnung bis 1990 'Jemenitische Arabische Republik') und des 23 Jahre von der Sowjetunion unterstützten Südens (Staatsbezeichnung bis 1990 'Volksdemokratische Republik Jemen') wirken bis heute nach. Sie sind bei weitem nicht als überwunden zu bezeichnen.

Auch in Bahrain sind die in früheren Berichten dargestellten Probleme nach wie vor weit davon entfernt, als gelöst bezeichnet werden zu können. Saudi-Arabien wird hier alles daran setzen, dass es zu keinen zu weitreichenden Reformen kommen wird. In Kuwait, dem am 'demokratischsten' zu bezeichnenden Golfstaat, haben gerade, zum dritten Mal in sechs Jahren, Parlamentswahlen stattgefunden.



## 2.1 JORDANIEN

Auch nach 15 Monaten der Proteste für wirtschaftliche und politische Reformen ist in Jordanien nichts geschehen, was mit Blick auf den Transformationsprozess als von besonderer Bedeutung bezeichnet werden kann.

Am augenscheinlichsten ist noch, dass König Abdullah II. seit Beginn der Proteste im Januar 2011 zweimal eine Regierung entlassen und jeweils einen neuen Premierminister ernannt hat. Nicht genug damit wurde dazwischen, nachdem die betroffene Regierung gerade einmal fünf Monate im Amt war, selbige auch noch einmal umfassend umgebildet. Dies führte dazu, dass es Ministerien gab, die in 12 Monaten vier verschiedene Minister gehabt haben. Insgesamt hat das Land in 2011, in 27 bzw. 30 Ministerien, je nach Regierung, 90 verschiedene Minister gesehen. Dies alles hat nicht gerade dazu beigetragen, dass der Reformprozess an Fahrt aufgenommen hat. Im Gegenteil. Bereits am 14. März 2011, mithin vor mehr als 12 Monaten, war von der damaligen Regierung ein so genanntes 'National Dialogue Committee - NDC' eingerichtet worden, dessen handverlesenen 52 Mitgliedern der damalige Präsident des vom König ernannten Senats, der zweiten Kammer des jordanischen Parlaments, vorgestanden hat. Die Aufgabe des NDC hat darin bestanden, Vorschläge für die nachfolgend genannten Gesetze sowie ganz allgemein Reformen zu unterbreiten. Im Rahmen eines 'Nationalen Dialogs' sollten alle Bevölkerungs- und Gesellschaftsschichten in diesen Prozess eingebunden werden. Am 04. Juni 2011 wurde das Ergebnis vom Leiter der Kommission, Taher al-Masri, an den damaligen Premierminister, Marouf al-Bakhit, übergeben. Die vorgelegten Ergebnisse wurden in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert. Mehr oder weniger auf der Grundlage der vorgenannten Empfehlungen hat die damalige Regierung in der Folge Entwürfe für ein neues Kommunalwahlgesetz, die Einrichtung einer unabhängigen Wahlkommission, ein neues Parteiengesetz sowie ein neues Wahlgesetz erarbeitet und an das Parlament weitergeleitet. Mit der Entlassung dieser Regierung am 17. Oktober 2011 und der Vereidigung einer neuen, am 24. Oktober 2011, wurden die Gesetze, die sich bereits im parlamentarischen Beratungsprozess befunden hatten, zunächst einmal wieder zurückgezogen. Seit Beginn des Jahres 2012 fließen die überarbeiteten Entwürfe langsam wieder ins Parlament, wo sie zunächst vom Abgeordnetenhaus und anschließend vom Senat beraten werden müssen, bevor sie von König Abdullah II. in Kraft gesetzt werden können.

Was als Ergebnis des nunmehr 15-monatigen Reformprozesses bis dato konstatiert werden kann, ist, dass im März 2011 ein neues Versammlungsgesetz verabschiedet worden ist. Der damalige Innenminister war es, der Mitte Februar 2011 ein entsprechendes Gesetz ins Kabinett eingebracht hatte. Entgegen der bis dahin gültigen Fassung des Gesetzes bedürfen Kundgebungen bzw. Demonstrationen künftig nicht mehr der expliziten Genehmigung des Gouverneurs, in dessen Amtsbezirk die entsprechende Kundgebung stattfinden soll. Künftig ist es vielmehr ausreichend, die zuständige Behörde 48 Stunden vor der geplanten Veranstaltung zu unterrichten.

Als weiteres Ergebnis des Reformprozesses ist die als verhältnismäßig schnell erfolgte Änderung der jordanischen Verfassung zu nennen. Eine eigens vom König damit beauftragte Kommission, die so genannte 'Royal

Commission', hat diese Aufgabe in bemerkenswert kurzer Zeit bewerkstelligt. Die Kommission, die sich aus Mitgliedern der beiden Kammern des Parlaments sowie angesehenen Persönlichkeiten der Wirtschaft und des Öffentlichen Lebens zusammengesetzt hat und vom König ernannt worden war, hat am 14. August 2011 ihre Vorschläge vorgelegt. Ob es sich hierbei um 'historische' Verfassungsänderungen gehandelt hat, wie der königliche Hof in einer Presseerklärung hat verlauten lassen, mag jeder selbst beurteilen. Der König wurde in der internationalen Presse mit den Worten zitiert: 'Jordanien steht an der Schwelle zu einer neuen Epoche, in der das Land mit einer Vision von sozialen und politischen Reformen in die Zukunft schreitet, die auf einer breiteren Mitwirkung des Volkes und einer Teilung der Gewalten basiert'. Sind die geplante Einrichtung eines Verfassungsgerichtes, die geplante Schaffung der Möglichkeit der künftigen gerichtlichen Überprüfung von Wahlergebnissen und eine unabhängige Wahlkommission, die vom König ernannt und nicht gewählt werden soll, ausreichend, um Geschichte zu schreiben? Im Gegensatz zu Marokko wird der Premierminister in Jordanien auch weiterhin vom König ernannt, und nicht von der stärksten Partei des Abgeordnetenhauses gestellt werden. Die Gleichheit der Geschlechter konnte in der Verfassung nicht verankert werden. Diskriminierung nach der Herkunft und der Religion ist gemäß der neuen (und alten) Verfassung untersagt, nicht aber nach dem Geschlecht. Das Parlament wird auch nach der neuen Verfassung nicht das Recht haben, Gesetze einzubringen. Dies bleibt auch weiterhin der Regierung vorbehalten. Insgesamt wurden 42 von 128 Artikeln der Verfassung geändert. Die vergleichsweise umfangreichen Änderungen sagen wenig über die Substanz der Änderungen aus. Die Befugnisse der Sicherheitsdienste wurden in Maßen eingeschränkt, die Zuständigkeit der Gerichte wurde dahingehend geändert, als dass Bürger künftig nur noch vor zivilen Gerichten und nicht mehr vor Militärgerichten der Prozess gemacht werden darf, die Möglichkeit der Regierung, in Zeiten, in denen das Parlament aufgelöst ist (was in Jordanien in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen ist und auch nach der Verfassungsänderung alleine dem König vorbehalten bleibt), provisorische Gesetze zu erlassen, wurde auf vergleichsweise wenige Fälle beschränkt und andere kleinere Dinge mehr. Die vorgenannten Änderungen, die sicher ein Schritt in die richtige Richtung sind, würde der Berichtstatter weniger als historisch denn als moderat bezeichnen. Insgesamt gesehen sieht der Berichtstatter die Verfassungsänderungen auch nur bedingt als 'Beweis für die Fähigkeit Jordaniens, sich zu erneuern' an, wie es der König in einem anderen Interview zum Ausdruck gebracht hat. Für einen derartigen Beweis müssten den Worten erst noch die entsprechenden Taten folgen. Taten, auf die man in Jordanien nicht nur wartet, sondern die man mit Spannung erwartet. Alleine dadurch, dass man bei jeder sich bietenden Möglichkeit das Wort 'Reformen' in den Mund nimmt, haben diese noch nicht stattgefunden. In diesem Zusammenhang darf auf einen interessanten Artikel in der 'Neue Züricher Zeitung - NZZ' verwiesen werden, der mit dem Titel 'Leerlauf der Demokratisierung in Jordanien' überschrieben ist. Da man die NZZ alles andere als ein Boulevardblatt bezeichnen kann, ist der Artikel die Lektüre wert. Auch wenn der Artikel vom 08. November 2008 datiert (Ausgabe Nr. 261, Seite 9), so ist er auch heute noch (fast) so aktuell wie er es damals war, und er belegt einmal mehr, was schon mehrfach berichtet worden ist.



Der seit dem 24. Oktober 2011 amtierende Premierminister Awn Khasawneh hat das, was man ihm zuoberst ins Pflichtenheft geschrieben hat, bisher nicht erreicht. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die staatlichen Institutionen zurückzugewinnen. Dies liegt, soweit aus der Distanz zu beurteilen, weniger an der Person des Premierministers, der nach wie vor von vielen als integer angesehen wird. Es liegt vielmehr daran, dass er vor dem nicht gelingenden Versuch der Quadratur des Kreises steht.

Auf der Haben-Seite seines Pflichtenheftes kann der neue Premierminister bisher die Verabschiedung und In-Kraft-Setzung des Kommunalwahlgesetzes sowie des Gesetzes zur Einrichtung einer unabhängigen Wahlkommission verbuchen. Das Parteiengesetz befindet sich wieder einmal, zum insgesamt dritten Mal seit Beginn der Proteste, im Parlament, um dort von den beiden Kammern beraten zu werden. Das Wahlgesetz will die Regierung in Kürze ans Parlament weiterleiten. Damit befindet sich Khasawneh in dem Zeitplan, den er sich zu Beginn seiner Amtszeit gesetzt hat.

Trotz Einhaltung des gesetzten Zeitplans ist das Ansehen der Regierung Khasawneh in den zurückliegenden Wochen und Monaten eher gesunken denn gestiegen. Dies liegt zum einen daran, dass aufgrund der mehrfachen Regierungswechsel sich die o.g. Gesetzesvorhaben immer wieder verzögert haben. Ein weiterer Grund sind die zunehmend laut werdenden Stimmen die sagen, dass auch die Regierung Khasawneh, wie so viele Regierungen vor ihr, bei der Besetzung wichtiger und hoher Stellen in Ministerien, Behörden und Auslandsvertretungen Klientelpolitik betreibt. In den ersten Interviews nach seiner Ernennung zum Premierminister hatte Khasawneh wiederholt betont, dass er sich bei der Besetzung wichtiger und hoher Positionen ausschließlich von fachlichen und sachlichen Kriterien wird leiten lassen. Dass die jordanische Internetseite 'Saraya Jordanian News' in einem Essay, das vom 10. März 2012 datiert, nunmehr mehrere Fälle der Besetzung von hohen und höchsten Positionen in Ministerien, Behörden und Auslandsvertretungen in Verbindung mit Patronage bringt, wirft kein gutes Licht auf den neuen Regierungschef. Auch wenn mit den erhobenen Vorwürfen natürlich nicht der Beweis erbracht ist, dass bei der Besetzung der entsprechenden Positionen Patronage im Spiel war, so sind derartige Vorwürfe seit geraumer Zeit doch immer öfter zu hören.

Auf einem Gebiet ist die Politik bzw. die Justiz aktiv. Auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung. Zumindest hat dies den Anschein. Fast könnte der Eindruck entstehen, dass man fehlende Fortschritte auf dem Gebiet der Reformen mit Fortschritten auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung wettzumachen versucht. Es vergeht fast keine Woche, in der nicht neue Verdachtsfälle auf Korruption bekannt werden. Im Januar 2012 wurde sogar der frühere Leiter des jordanischen Geheimdienstes, Mohammed Dahabi, in Untersuchungshaft genommen. Ihm wird Geldwäsche und Bestechung im großen Stil vorgeworfen. Von bis zu 50 Mio. Euro ist die Rede. Angeblich hat die jordanische Zentralbank darauf hingewirkt, dass gegen Dahabi eine Untersuchung eingeleitet wird. Der zuständige Generalstaatsanwalt hat daraufhin Untersuchungshaft angeordnet und bis heute 11 Anträge auf Entlassung Dahabis aus der Untersuchungshaft abgelehnt. Mohammed Dahabi war von 2005 - 2008 Leiter des international hoch eingeschätzten jordanischen Geheimdienstes

(‘General Intelligence Department - GID‘). Er hat großen Anteil an den guten Beziehungen des GID zur US-amerikanischen ‘Central Intelligence Agency - CIA‘, die im Wesentlichen seit 2005 aufgebaut worden sind. Über seine Entlassung im Januar 2008 kursieren die wildesten Gerüchte. Nach einem dieser Gerüchte, welches am nachvollziehbarsten ist, da es von mehreren Seiten fundiert unterlegt scheint, soll er zu enge Kontakte zur Hamas-Führung in Damaskus unterhalten haben (mit der die neue jordanische Regierung seit Ende 2011 wieder vorsichtig auf Tuchfühlung geht. Am 29. Januar 2012 hat sogar der jordanische König Khaled Meschaal, den Führer der Hamas mit bisherigem Sitz in Damaskus, in seinem Palast in Amman empfangen. Jenen Khaled Meschaal, den er 1999 noch aus Jordanien ausgewiesen hatte. Der ‘Arabische Frühling‘ macht es möglich). Als weiteren Grund für die damalige Entlassung Mohammed Dahabis wird immer wieder auch sein überaus schlechtes Verhältnis zum damaligen Leiter des ‘Royal Court‘, Bassem Awadalah, genannt, der nur zehn Monate später gleichfalls seines Postens enthoben worden ist. Mohammed Dahabi ist der Bruder von Nader Dahabi, der von November 2007 - November 2009 jordanischer Premierminister war (und davor u.a. CEO der damals noch staatlichen Fluglinie ‘Royal Jordanian‘, Präsident der ‘International Air-Transport-Association - IATA sowie Vorsitzender der ‘Aqaba Special Economic Zone Authority - ASEZA‘). Im Berichtszeitraum wurden auch der bereits erwähnte frühere Minister für Planung und Internationale Zusammenarbeit sowie spätere Leiter des ‘Royal Court‘, Bassem Awadalah, sowie der frühere Oberbürgermeister der Stadt Amman, Omar Maani, wegen Korruptionsverdacht angeklagt und vorübergehend in Untersuchungshaft genommen. Während die beiden Letztgenannten nach Wochen der Untersuchungshaft wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, sitzt Mohammed Dahabi bereits seit fast 2 Monaten in Untersuchungshaft. So sehr immer wieder über neue Korruptionsverdachtsfälle berichtet wird, so wenig erfährt man darüber, was mit den bereits bekannten Verdachtsfällen weiter passiert. Bei der Vielzahl der seit Anfang 2011 bekannt gewordenen potentiellen Korruptionsfälle ist bisher noch in keinem Fall bekannt geworden, ob bzw. dass es auch zu Verurteilungen gekommen ist. Weder in dem schon seit längeren bekannten ‘Casino Case‘, noch in dem Fall der Privatisierung der ‘Potash Company‘ noch im Fall der ‘Decent Housing for Decent Living Initiative‘, um nur drei der großen Verdachtsfälle zu nennen. Nicht wenige vertreten daher zunehmend die Auffassung, dass es sich bei dem an den Tag gelegten Engagement auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung nur um ein groß angelegtes Ablenkungsmanöver handelt. Ein Ablenkungsmanöver derart, als dass man dem Volk gibt, was auf dessen Forderungsliste ganz oben steht und dabei hofft, dass die anderen Forderungen wie z.B. politische Reformen in den Hintergrund rücken bzw. in Vergessenheit geraten. Soweit zu gehen und derartiges zu unterstellen, würde der Berichterstatter nicht gehen. Dass bis heute aber in keinem der bekannt gewordenen Korruptionsverdachtsfälle etwas von einer Verurteilung, einem Freispruch oder aber zumindest einem Abschlussbericht der Untersuchungskommissionen publik geworden ist, mutet schon ein wenig merkwürdig an, zumal viele der Verdachtsfälle bereits mehrere Jahre zurückliegen. Sie werden seit 2011, ausschließlich wegen des Drucks der Straße, untersucht.



Scheinen die politischen Reformen zwar im Zeitlupentempo, so aber doch voran zu gehen, so scheinen sie im Bereich der Wirtschaft zum Stehen gekommen zu sein bzw. überhaupt noch nicht begonnen zu haben.

Nach dem man zu Beginn der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise, im Herbst 2008, noch glauben machen wollte, das Jordanien von den Auswirkungen der 'Lehmann Pleite' und den darauffolgenden 'Schockwellen', die zunächst die Finanz- und anschließend auch Wirtschaftsmärkte getroffen haben, nicht betroffen ist (was sich innerhalb weniger Monate als Wunschdenken herausgestellt hat), argumentiert man seit dem letzten Jahr gerade entgegengesetzt. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, denen sich Jordanien seit 2011 ausgesetzt sieht, sind jetzt ausschließlich das Ergebnis der schlechten internationalen Wirtschafts- und Finanzlage wird man nicht müde, den Menschen glauben zu machen. Damals wie heute ist die Argumentation falsch. Damals wie heute versucht man die Menschen zu beruhigen, anstatt sie über die wahren Gründe der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Jordaniens zu informieren. Damals wie heute hofft man bzw. baut man darauf, dass die internationale Staatengemeinschaft es richten, d.h. die fehlenden Finanzmittel und die benötigten Wirtschaftshilfen bereitstellen wird. Und die Staatengemeinschaft hat sich bisher nur selten lange bitten lassen. Sobald das Zauberwort 'Reformen' fällt, was auch im Wirtschaftsbe- reich Türen und Geldbeutel schneller öffnen lässt, fließen die Gelder und man kommt einmal mehr darum herum, längst überfällige Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungsreformen anzugehen. Es ist immer wieder interessant zu beobachten, wie alleine auf Versprechungen und Zusagen hin Gelder in beträchtlichem Umfang zur Verfügung gestellt werden, und selbst dann, wenn die gemachten Zusagen und Verpflichtungen nicht eingehalten werden, dies keine Konsequenzen zu haben scheint. Im Gegenteil. In nicht wenigen Fällen dient dies sogar noch als Begründung dafür, dass weitere Gelder zur Verfügung gestellt werden. Bis heute ist nicht zweifelsfrei auszumachen, was Jordanien für die internationale Staatengemeinschaft so wichtig erscheinen lässt. Der Reformeifer kann es nicht sein. Eher schon das geschickte Lavieren des verstorbenen und auch des aktuellen Königs, das Jonglieren mit Flüchtlings- und Wirtschaftszahlen, die oft nicht nachvollzogen werden können, und nicht zuletzt die Dividende für den 1994 mit Israel geschlossenen Friedensvertrag. Wenn man in die Archive alter Zeitungen geht, so findet man eine Vielzahl von Artikeln, die bereits seit mehr als einem Jahrzehnt, teilweise sogar seit mehr als zwei Jahrzehnten, immer wieder von politischen und wirtschaftlichen Reformen berichten. Den Berichten und früheren Aussagen von Politikern nach zu urteilen, müsste in Jordanien eigentlich bereits alles reformiert, und darüber hinaus die Demokratie eingeführt sein. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt der 'Arabische Frühling'. Insbesondere im Bereich der Wirtschafts-, der Arbeitsmarkt- und der Bildungspolitik sind die Defizite mittlerweile so groß, dass sie zu übersehen eigentlich gar nicht mehr möglich ist. Da bekanntlich nichts unmöglich ist (zumindest gem. dem früheren Werbespruch eines großen japanischen Autokonzerns), spricht man einerseits weiter von Reformen (macht diesbezüglich de facto aber wenig), und lässt andererseits weiter die Gelder fließen, die zum überwiegenden Teil nicht für die Durchführung von Reformen, sondern stattdessen für den Konsum verwendet werden. Diese Vorgehensweise kann in mehrfacher Hinsicht nur als fatal bezeichnet werden.

‘Die Kassen Jordaniens sind leer und die Wunschliste der Bevölkerung ist lang ... . Ungünstiger könnte die Ausgangslage fast nicht sein. Höhere Löhne in fast allen Bereichen, mehr Subventionen für Nahrungsmittel, Strom, Öl, Benzin, Wasser, Transport etc., mehr und vor allem besser bezahlte Arbeitsplätze, am besten beim Staat, stehen auf der Wunschliste der Bevölkerung ganz oben‘.

Mit den vorgenannten Worten wurde im Quartalsbericht IV / 2011 die Situation zum Zeitpunkt der Übernahme der Amtsgeschäfte durch den neuen jordanischen Premierminister Awn Khasawneh beschrieben.

Drei Monate später muss man konstatieren, dass sich die neue Regierung bei ihrem Start der zuvor dargestellten Situation nicht nur bewusst gewesen war, sondern darüber hinaus auch versucht hat, die Dinge zumindest in eine andere Richtung zu lenken.

Es ist allerdings bei dem Versuch geblieben. Der Widerstand der Straße war in allen bekannten Fällen größer. Die Regierung ist mit all ihren diesbezüglichen Versuchen gescheitert mit dem Ergebnis, dass die Ausgaben für Löhne und Gehälter, Subventionen etc. im Berichtszeitraum weiter steigen dürften. Der Umstand, dass die EU am 22. Februar 2012, am Ende der Gespräche im Rahmen der ‘EU-Jordan Task Force‘, die am 21. und 22. Februar 2012 auf höchster politischer Ebene in Jordanien geführt worden sind, angekündigt hat, für die Jahre 2012 - 2014 Hilfen in einer Größenordnung von bis zu 3 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, und das fast zeitgleich bekannt geworden ist, dass der Golf-Kooperationsrat (‘Gulf Cooperation Council - GCC‘), um dessen Mitgliedschaft sich Jordanien weiter bemüht (gleichwohl in den zurückliegenden Wochen Stimmen dahingehend laut geworden sind, dass die Initiative tot ist und es stattdessen nur noch um Wirtschaftshilfen für Jordanien, außerhalb einer Mitgliedschaft Jordaniens im GCC, geht), für die kommenden fünf Jahre umgerechnet rund 2 Milliarden Euro und die USA, alleine für 2012, weitere rund 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen wollen, hat es der Regierung opportun erscheinen lassen, es besser nicht auf eine Auseinandersetzung ankommen zu lassen. Nach den vorgenannten umfangreichen finanziellen Zusagen schien es wenig sinnvoll und auch nicht notwendig, es sich wegen der geforderten Gehaltserhöhungen und höheren Subventionen mit der Bevölkerung zu verscherzen. Einer Bevölkerung, die seit Beginn des ‘Arabischen Frühling‘ um ihre Macht weiß.

Rund 105.000 jordanische Lehrerinnen und Lehrer setzten sich erfolgreich gegen die Pläne der Regierung durch, ihre Gehälter (tatsächlich waren es die Zulagen, die aber bis zu 100% der ansonsten niedrigen Gehälter ausmachen) im Schnitt um 30% zu senken. Nachdem über zwei Wochen an den meisten staatlichen Schulen landesweit der Unterricht geruht hatte und es deswegen in der Bevölkerung bereits zu gären begonnen hatte, trat die Regierung den geordneten Rückzug an. Die gekürzten Zulagen werden wieder auf den alten Stand gebracht - in zwei gleich großen Schritten in 2012 und 2013. Andere Berufsstände kämpfen weiter gegen die ihnen verordnete Restrukturierung ihrer Gehälter (das Wort Restrukturierung läuft in den meisten Fällen auf Kürzungen bei den Zulagen hinaus - gleich wohl die Regierung immer wieder betont, dass es in der Summe zu keinen Kürzungen kommt, und durch die Restrukturierung nur zu üppig gewährte Zulagen zugunsten der unteren Gehaltsgruppen umverteilt werden sollen). Zu nennen sind hier zuvorderst Ärzte



sowie Pflegepersonal, Ingenieure und Finanzfachleute, die in staatlichen Krankenhäusern, verschiedenen Ministerien oder in einer der 52 nachgeordneten Behörden bzw. Institutionen arbeiten. Bereits zweimal gab es Streiks des medizinischen Personals. Über eine Erhöhung des Mindestlohns von derzeit monatlich rund 160,- Euro auf 200,- Euro wird noch nachgedacht.

Ohne viel Aufheben wurden dagegen en passant die Löhne und Gehälter der Bediensteten und Ruheständler des Sicherheitsapparates erhöht (Polizei, Sicherheitsdienste und Militär). Dem Vernehmen nach um durchschnittlich 30% (gleichwohl dieser Personenkreis über eine Reihe weiterer Vergünstigungen verfügt - z.B. Geschäfte, in denen vergünstigt Lebensmittel eingekauft werden können, kostenlose Heilfürsorge, Schul- und Studienplätze an staatlichen Universitäten etc.). Um das Problem fehlender Arbeitsplätze zumindest ein wenig gelindert zu haben, sollen bis zu 3.000 Personen in den vorgenannten Einrichtungen eingestellt worden sein.

Gescheitert ist die Regierung mit dem Versuch, die Strompreise zu erhöhen. Nach Angaben der Regierung hätte der Strompreis für Großkunden in einer Größenordnung von bis zu 9% erhöht werden sollen. Davon hätten rund 10% aller Kunden betroffen sein sollen (überwiegend Industrie- und Handelsbetriebe, so zumindest die Angaben der Regierung. 90% der Haushalte liegen nach Angabe der Regierung weit unter dem Verbrauch, ab dem es zu einer Preiserhöhung hätte kommen sollen). Deren Klage, in Folge der geplanten Strompreiserhöhung die Preise ihrer Produkte um bis zu 20% erhöhen zu müssen (warum in diesem deutlich höheren Umfang wurde nie kommuniziert, darüber hinaus aber auch nie öffentlich thematisiert), führte dazu, dass in der Bevölkerung ein Sturm der Entrüstung losbrach, der es der Regierung einmal mehr opportun hat erscheinen lassen, die Preiserhöhung nicht vorzunehmen und diese stattdessen noch einmal zu überdenken. Jordanien importiert rund 95% seine Energie in Form von Erdgas und Erdöl. Erdgas fast ausschließlich aus Ägypten, Erdöl überwiegend aus Saudi-Arabien und seit 2010 auch wieder aus dem Irak. Die seit Anfang 2011 mehrfache, teilweise wochenlange Unterbrechung der Gasversorgung aus Ägypten hat dazu geführt, dass sich die Energierechnung Jordaniens deutlich verteuert hat. Dazu beigetragen hat auch, dass Ägypten den bis Mitte 2011 sehr günstigen Gaspreis nahezu verdreifacht hat. Nach Angaben der Regierung führte dies alleine in 2011 zu Mehrausgaben in einer Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro (bei einem Gesamthaushalt in Höhe von rund 7 Milliarden Euro). Für 2012 gibt die Regierung die Ausgaben für Erdöl- und Erdgasimporte mit 3,5 - 4 Milliarden Euro, und die Mehrkosten gegenüber 2010 mit bis zu 2 Milliarden Euro an. Auch wenn die Angaben der Regierung mit Vorsicht zu genießen sind (so zieht die Regierung regelmäßig den Preis der teuren Rohölsorte 'Brent' zum Vergleich heran, wenn es ihr darum geht, den Umfang der Ölpreissteigerungen deutlich zu machen, gleichwohl Jordanien diese Ölsorte, die nur in der Nordsee gefördert wird, überhaupt nicht importiert), so ist doch unzweifelhaft, dass die Beschaffungskosten für vor allem Erdgas, woraus Strom in Jordanien zu mehr als 90% erzeugt wird, seit 2011 deutlich gestiegen sind.

Die ebenfalls geplant gewesene Anpassung des Wasserpreises wurde erst gar nicht in Angriff genommen. Auch Wasser, in Jordanien die knappste Ressource überhaupt, wird derart hoch subventioniert, dass der Preis, den der Kunde

am Ende bezahlen muss, so gering ist, dass jeder Steuerungseffekt dahingehend, mit der Ressource sparsam umzugehen, entfällt.

Wie in vielen anderen Ländern auch, werden Subventionen in Jordanien nach dem Gießkannenprinzip verteilt, was dazu führt, dass vielfach diejenigen, die diese Subventionen überhaupt nicht benötigen, am stärksten davon profitieren. Dies gilt für die Brotpreise so sehr wie für Wasser, Strom, Gas und vieles mehr. Die Regierung denkt seit Monaten darüber nach, wie sie es schaffen könnte, ihre Subventionen nur noch dem Personenkreis zu Gute kommen zu lassen, der sie auch tatsächlich benötigt. Ein Ergebnis liegt bisher nicht vor.

Da der bereits etwas überspitzt beschriebene Mechanismus mit dem Wort 'Reformen' einmal mehr funktioniert hat und durch ausländische Finanz- und Wirtschaftshilfen sowie die entwicklungspolitisch bisweilen zweifelhaft erscheinende 'Projektionitis' auch in 2012 - und vermutlich auch in den Jahren danach - Gelder in einer Größenordnung von bis zur Hälfte des Staatshaushaltes fließen werden, wird man vermutlich nur mit eingeschränktem Elan Wirtschafts- und Arbeitsmarktreformen in Angriff nehmen. Bisher ist auf diesem Gebiet wenig geschehen. So wenig wie im Bereich der Bildung und Ausbildung. Dass jeder weitere Aufschieb von nachhaltigen Reformen die bestehenden Strukturprobleme nur noch größer macht, wird dabei dem Anschein übersehen, aber aber billigend in Kauf genommen.

Zunehmend ist im Berichtszeitraum auch das Privatisierungsprogramm, welches Jordanien seit 1996 durchgeführt hat und das zur Privatisierung einer Reihe von Staatsbetrieben geführt hat (Telekommunikationssektor, staatliche Fluglinie 'Royal Jordanian', Zementindustrie, Pottasche- und Phosphatindustrie, Stromnetz etc.), in die Kritik geraten. Die diesbezügliche Diskussion verläuft nach bekanntem Muster. Zunächst wird behauptet, dass die genannten Staatsbetriebe weit unter Wert an private Investoren verkauft worden sind, was nur möglich war, weil die in den Privatisierungsprozess involvierten Personen wirtschaftliche bzw. finanzielle Vorteile daraus gezogen haben (mit anderen Worten, weil sie korrupt waren). Anschließend wird als Argument für die als Fehler bezeichnete Privatisierung angeführt, dass in den betreffenden Unternehmen nach der Privatisierung Arbeitsplätze abgebaut worden sind anstatt, wie in der Vergangenheit, als der Staat noch das Sagen hatte, dass neue Arbeitsplätze in entsprechender Zahl neu entstanden sind (was richtig sein dürfte, da die Staatsbetriebe, so wie der gesamte Öffentliche Dienst in Jordanien, als 'Arbeitsplatzbeschaffer' erhalten mussten). Der neue Premierminister hat die diesbezügliche Diskussion Ende Dezember 2011 noch durch eine unbedachte Äußerung derart vor dem Parlament angefacht, als dass er zum Ausdruck gebracht hat, dass er einige der Privatisierungsmaßnahmen auf ihre Gesetzeskonformität überprüfen lassen möchte. Dies war Wasser auf die Mühlen derer, die den gesamten Privatisierungsprozess ablehnen. Ganz aus den Augen verloren wurde im Zusammenhang mit der vorgenannten Diskussion, dass Jordanien zur Privatisierung seiner Staatsbetriebe praktisch keine Alternative hatte. Mitte der 90er Jahre war Jordanien in einer bis dahin nicht gekannten Höhe, vor allem im Ausland, verschuldet, dass es sich völlig außerstande sah, seine Staatsbetriebe noch weiter finanziell zu unterstützen. Gerade dies aber war notwendig, da die meisten der Staatsbetriebe nicht wirtschaftlich arbeiteten, ja gar nicht die Chance hatten,



wirtschaftlich arbeiten zu können. Zu viel und schlecht ausgebildetes Personal, das darüber hinaus vielfach nicht nach fachlichen, sondern auf der Grundlage von Beziehungen eingestellt worden war (Stichwort 'Wasta'), war nur eines von vielen Problemen. Ein überwiegend wenig kompetentes Management, da die Politik diese gut bezahlten Positionen zur 'Belohnung' bzw. Versorgung einer ihr nahestehenden Klientel genutzt hat, ein weiteres. Darüber hinaus zu hohe Löhne, ein Phänomen, was für den jordanischen Öffentlichen Dienst bis heute gilt (im Öffentlichen Dienst Jordaniens werden durchschnittlich 20% höhere Löhne bezahlt als in der Privatwirtschaft - zzgl. weiterer finanzieller und wirtschaftlicher Anreize). Vielfach arbeiteten die Unternehmen noch nicht einmal kostendeckend, da deren Leistungen von zu vielen kostenfrei in Anspruch genommen worden sind (z.B. Freiflüge bei der Fluglinie 'Royal Jordanian', kostenloser Energie- und Wasserbezug etc.). Der Staat hatte sich, wie in vielen anderen Ländern auch, schlichtweg als schlechter, als zu schlechter Unternehmer präsentiert. Dies alles kumulierte Ende der 90er Jahre in dem Ergebnis, dass eine Privatisierung der meisten Staatsbetriebe unumgänglich wurde. Ob die Privatisierung am Ende gut umgesetzt worden ist oder der Staat nicht vielleicht doch höhere Erlöse für den Verkauf seiner Anteile hätte erzielen können, ob dabei Korruption im Spiel war und ob man den gesamten Prozess der Privatisierung nicht besser öffentlich hätte erklären und kommunizieren können bzw. müssen, steht auf einem anderen Blatt. Aus damaliger wie auch aus heutiger Sicht scheint die Privatisierung der Staatsbetriebe auf jeden Fall notwendig gewesen zu sein. Auch wenn man einiges sicher hätte besser machen können, ja besser hätte machen müssen. Das eigentlich Tragische an dem gesamten Vorgang ist, dass Fehler, die man heute in dem vorgenannten Prozess zu erkennen glaubt und die teilweise auch eingeräumt werden, in anderem Kontext nach wie vor gemacht werden. Zuvorderst sind diesbezüglich die fehlende Transparenz und die fehlende Erläuterung politischer Entscheidungen zu nennen. Beides findet heute so wenig statt wie es bei der Umsetzung des Privatisierungsprogramms stattgefunden hat. Die geäußerte Kritik ist daher nicht ganz von der Hand zu weisen. Sie sollte nur nicht dazu dienen, getroffene Entscheidungen in Frage zu stellen, sondern vielmehr dazu genutzt werden, dass vergleichbare Entscheidungen künftig besser vorbereitet und kommuniziert werden.

Als Letztes soll noch einmal die große Zahl fehlender Arbeitsplätze angesprochen werden. Hintergrund ist, dass im Berichtszeitraum erste Ergebnisse einer neuen jordanischen Untersuchung bekannt geworden sind, die den politisch Verantwortlichen eigentlich schlaflose Nächte bereiten müssten. Auf die große Zahl junger Menschen, die jedes Jahr zunächst auf den jordanischen 'Ausbildungs- bzw. Hochschulmarkt' und anschließend auf den Arbeitsmarkt drängen, wurde bereits mehrfach hingewiesen. Im Januar 2012 haben wieder rund 150.000 Schüler ihren Abschluss, das Tawjihi, gemacht (diese Prüfungen finden zweimal im Jahr statt). Da nur weniger als die Hälfte dieser Schulabgänger einen Studienplatz an einer staatlichen Universität erhalten werden und von den verbleibenden Schülern es sich auch nur sehr wenige finanziell leisten können, eine private Universität zu besuchen, stellt sich die Frage, wie diese jungen Leute auf ihrem Weg in die Arbeitswelt vorbereitet, d.h. ausgebildet werden, und wo diese am Ende ein Auskommen werden finden können. Die offizielle Arbeitslosenquote wird mit 13,5% angegeben. Inoffiziell geht man von einer Quote aus, die im Bereich von 25% liegt.

Nicht erst seit Bekanntwerden der neuen Studie weiß man, dass in der Region des Nahen Ostens bis 2020 rund 50 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt werden, um die weiter zunehmende Nachfrage junger Menschen nach Arbeit decken zu können. Beschäftigung, d.h. auskömmlich bezahlte Arbeitsplätze, ist denn auch das, was den jungen Menschen im Nahen Osten am meisten auf den Nägeln brennt. Die Forderungen des 'Arabischen Frühling' bringen nicht zuletzt dies zum Ausdruck. Dies zu bewerkstelligen wird die Latte sein, an der sich künftige Regierungen in der Region ganz maßgeblich werden messen lassen müssen. Dies ist die Zeitbombe, die in der Region des Nahen Ostens tickt, und bisher scheint niemand auch nur eine Vorstellung davon zu haben, wie man sie entschärfen kann. Anders ist nicht zu erklären, dass in dieser Hinsicht viel zu wenig passiert. Das zuvor dargestellte Privatisierungsprogramm hat in dieser Hinsicht die in es gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Es hat, wenn man so will, in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen das Problem sogar noch verschärft, da die neuen Eigentümer nur noch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus Personal einstellen - nicht mehr, wie früher, aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen heraus. Wenn man einmal über die eigenen Grenzen hinaus blickt, erkennt man, dass das Gros der Arbeitsplätze auch in Industriestaaten nicht von Großunternehmen, sondern vielmehr von kleinen und mittelständischen Unternehmen geschaffen wird. Derer gibt es in Jordanien jedoch nicht genügend und die Politik tut bisher auch zu wenig, um deren Zahl zu erhöhen. Im Gegenteil. Vielfach sind es die kleinen und mittleren Unternehmen, die unter der Bürokratie des Staates am meisten zu leiden haben oder, wie seit der Krise Ende 2008 zu beobachten, von jordanischen Banken nur noch sehr restriktiv mit Kapital versorgt werden (und wenn, dann nur zu sehr hohen Zinsen und gegen Sicherheiten, die diese Unternehmen vielfach nicht leisten können). Wie will man das Problem lösen, das jeden Tag noch ein Stück größer wird? Mit noch mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst, der heute schon weit überdimensioniert und in großen Teilen ineffizient ist? Bereits heute reichen die Steuereinnahmen des jordanischen Staates gerade einmal aus, um die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu bezahlen. Der Investitionsanteil am Staatshaushalt ist in den letzten beiden Jahren von einem ohnehin nur geringen Niveau noch weiter gefallen, und wenn investiert wird, dann häufig in Projekte, die keine bzw. zu wenig Arbeitsplätze für die heimische Bevölkerung schaffen. Die für die Zukunft geplanten Großprojekte sind kapital-, nicht aber arbeitsintensiv.

Die eingangs genannte Studie, insgesamt 123 Seiten stark, soll Empfehlungen für eine nationale Beschäftigungsstrategie geben, die von der Weltbank finanziert werden soll. Der Autor der Studie hat das Zusammentragen der Daten als die größte Herausforderung beim Erstellen der Studie bezeichnet. Nach seinen Worten beschäftigen sich nicht weniger als zwei Drittel aller Regierungseinrichtungen mit Fragen, die sich mittel- bzw. unmittelbar mit dem Thema 'Arbeitsplätze' beschäftigen (beginnend mit Fragen der Bildung an Schulen und Hochschulen über Fragen zur beruflichen Bildung bis hin zur Arbeitsplatzgestaltung in der Industrie, im Handwerk und im Handel).

Während das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2000 bis 2008 durchschnittlich 6,7% betragen hat (zwischen 2004 und 2008 sogar durchschnittlich 8,1%), ist es seit 2009 deutlich gesunken (auf 2,6% in 2011 - und die Prognose für das Jahr 2012 sieht nicht besser aus).



In den wirtschaftlich starken Jahren 2000 - 2008 sind der Studie zufolge insgesamt rund 457.000 neue Arbeitsplätze in Jordanien entstanden. 192.000 davon im staatlichen Sektor. Von den verbleibenden 265.000 Arbeitsplätzen, die in der Privatwirtschaft entstanden sind, sind rund 145.000 mit ausländischen Arbeitskräften besetzt worden. Damit verblieben für jordanische Arbeit Suchende in der Privatwirtschaft gerade einmal 120.000 Arbeitsplätze, d.h. nur rund zwei Drittel der Arbeitsplätze, die im staatlichen Bereich geschaffen worden sind.

Jordanien ist Exporteur gut ausgebildeter Arbeitskräfte in vor allem die reichen Golfstaaten (von bis zu 500.000 ist die Rede), und im Gegenzug Importeur von Billigarbeitskräften aus vor allem Ägypten und Asien. Der so entstehende 'Brain drain' ist beachtlich. Er ist Segen und Fluch zugleich. Segen, weil die im Ausland arbeitenden Jordanier einen nicht unbedeutenden Teil ihres Einkommens zurück nach Jordanien transferieren, und dieses Geld im Gesamt-Finanzgefüge Jordaniens fest eingeplant ist. Fluch, weil damit wichtiges Know-how für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft fehlt. Die von bis zu 400.000 ausländischen Arbeitskräften in Jordanien ausgeübten Arbeiten sind solche, die von Jordaniern nicht nachgefragt bzw. ausgeübt werden (z.B. auf dem Bau, Hausmeistertätigkeiten, Tätigkeiten im Dienstleistungsgewerbe sowie im Haushalt etc.).

Dass für viele Arbeit Suchende das Maß der Dinge eine Beschäftigung beim Staat ist, hat zwei Gründe. Ein Grund ist, dass nach wie vor viele Jordanier nicht bereit sind, bestimmte Tätigkeiten auszuüben (weil sie in ihren Augen entweder zu schlecht bezahlt sind oder aber ein schlechtes Ansehen genießen, d.h. unter die so genannte 'Culture of Shame' fallen). So ist beispielsweise festzustellen, dass in den 'Qualifying Industrial Zones - QIZs' in Jordanien, in denen ausschließlich für den Export in die USA produziert wird, wo mindestens 8% der Vorprodukte aus israelischer Produktion sein müssen und insgesamt gesehen ein Mehrwert von mindestens 35% generiert werden muss, fast ausschließlich Arbeitskräfte aus Asien, vor allem Pakistan, Indien und Indonesien, arbeiten. In Jordanien werden in den QIZ überwiegend Textilien produziert, deren Einfuhr in die USA hohen Zöllen unterliegt (zum Schutz der US-amerikanischen Textilindustrie). Die Ersparnis der in den QIZ produzierten Textilien entspricht exakt der Höhe der auf diese Produkte ansonsten anfallenden Zölle (die zu entrichten sind, wenn sie nicht aus einer QIZ in die USA exportiert werden). Die hohen Zölle einerseits und die mögliche Ersparnis andererseits machen es für die QIZ in Jordanien lukrativ, gerade Textilien zu produzieren. Ein arbeitsmarktpolitischer Vorteil ergibt sich für Jordanien nur sehr bedingt, da die Mehrzahl der dort Arbeitenden wie gesagt keine Jordanier sind. Ein weiterer Grund für die Suche nach einer Arbeit beim Staat ist, dass Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor kein großes Ansehen genießen. Zum einen, weil diese Tätigkeiten in der Regel schlechter bezahlt werden als Tätigkeiten im staatlichen Sektor, zum anderen aber auch, weil die Arbeitszeiten im privaten Sektor zumeist länger und teilweise auch 'ungünstiger' sind. Last but not least aber auch, weil vielen Arbeit Suchenden anerzogen worden ist, dass ein Arbeitsplatz in der staatlichen Verwaltung, am besten dort, wo man einen Anzug trägt, einen Schreibtisch sowie idealerweise auch noch ein paar Mitarbeiter 'unter sich'

hat, die eindeutig bessere Option ist. Der Staat hat diesem Umstand bisher dahingehend Rechnung getragen, als dass er immer neue Arbeitsplätze eingerichtet bzw. geschaffen hat. Arbeitsplätze, für die vielfach kein echter Bedarf bestanden hat und die damit nicht nur unproduktiv waren, sondern stattdessen die Staatsausgaben weiter in die Höhe getrieben haben. Dank umfangreicher Finanzhilfen war dies bisher kein unüberwindbares Problem. Angesichts der weiter steigenden Zahl Arbeit Suchender stößt der Staat bei dieser Form der Arbeitsplatzbeschaffung allerdings immer öfter an sein Grenzen. Dies ändert freilich nichts an der Erwartungshaltung in der Bevölkerung, der man viel zu lange entsprochen hat und der man bisher nur unzureichend mit geeigneten Maßnahmen begegnet ist.

Die besagte Studie hat auch ermittelt, dass gerade einmal 40% der sich im arbeitsfähigen Alter befindlichen Jordanier berufstätig bzw. wirtschaftlich aktiv sind. Mit anderen Worten, der überwiegende Teil diese Bevölkerungsgruppe trägt wenig bzw. nichts zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Zahl der sich im arbeitsfähigen Alter befindlichen Jordanier wird in der Studie mit rund 3,5 Millionen angegeben. 2,1 Millionen davon tragen dem Ergebnis der Untersuchung nach zu urteilen nichts bzw. nur wenig zum Wirtschaftswachstum bei. Sie bemühen sich noch nicht einmal um einen Arbeitsplatz. Die verbleibenden 1,4 Millionen, die so genannten wirtschaftlich Aktiven, unterteilen sich in Arbeitende bzw. Arbeit Suchende. Diese rund 1,4 Millionen machen die Gruppe aus, mit der sich die Politik auseinandersetzt und auf diese Gruppe bezieht sich auch die offizielle Quote von 13,5%, wenn in der jordanischen Statistik von Arbeitslosen bzw. Arbeit Suchenden die Rede ist (in absoluten Zahlen ausgedrückt gelten in Jordanien somit rund 189.000 Menschen als arbeitslos bzw. Arbeit Suchend). Zusammen mit den oben genannten 2,1 Millionen, die sich gar nicht um Arbeit bemühen bzw. sich überhaupt nicht am Wirtschaftsprozess beteiligen, ergeben sich so 2,289 Millionen Arbeit Suchenden, was einer Arbeitslosenquote von 65,5% entspricht. Die vorgenannten Zahlen relativieren sich ein wenig, wenn man berücksichtigt, dass ein großer Teil der zuvor Genannten sich mit Gelegenheitsarbeiten im so genannten 'informellen Sektor', oder aber mit Hilfe der (Groß-) Familie, über Wasser hält. Eine Alternative zu einer festen und auskömmlich bezahlten Arbeit ist dies natürlich nicht.

Noch weniger ermutigend als der Status Quo ist der Ausblick, den die Studie für Jordanien gibt. Bedingt durch das sehr geringe Durchschnittsalter und die nicht als gering zu bezeichnende Geburtenrate wird davon ausgegangen, dass sich die Zahl der im arbeitsfähigen Alter befindlichen Jordanier bis 2020 auf 4,4 Millionen, und darüber hinaus bis 2030 auf 6 Millionen erhöhen wird. Der Bedarf an Arbeitsplätzen wird somit dramatisch zunehmen, und das vor dem Hintergrund bereits heute fehlender Arbeitsplätze in großer Zahl. Die obigen Zahlen hochgerechnet auf den Nahen Osten, lassen einen zu den eingangs genannten 50 Millionen Arbeitsplätzen kommen, die bis 2020 im Nahen Osten dringend benötigt werden.



## 2.2 SYRIEN

Die Darstellung der Entwicklung in Syrien soll in diesem Bericht kurz gefasst werden. Zum einen, weil die wesentlichen Entwicklungen auch in den deutschen Medien kommuniziert werden und ein Mehr an zuverlässiger Informationen auch vor Ort nur begrenzt zu erhalten ist. Zum anderen aber auch, weil trotz einer Reihe von Initiativen die Kämpfe bis zum heutigen Tag anhalten und ein Ende derselben zumindest derzeit noch nicht abzusehen ist.

In der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums haben die Kämpfe sogar noch zugenommen, was unter anderem zu der fast völligen Zerstörung von einigen Vierteln in der Stadt Homs geführt hat. Wie auch den Bildern im deutschen Fernsehen zu entnehmen war, scheint man bezüglich der Gräueltaten inzwischen jegliche Zurückhaltung aufgegeben zu haben. Mit Artillerie und von Flugzeugen aus wird ohne Skrupel in Stadtviertel geschossen, ohne darauf zu achten, wenn oder was man trifft. Das Töten beschränkt sich nicht nur auf Kämpfer der Opposition, und es sind auch nicht nur die Kämpfer des Regimes, die derartige Taten begehen. Opfer sind vielmehr auf allen Seiten zu verzeichnen und Verbrechen werden von allen Seiten begangen. Männer, Frauen und Kinder, unabhängig ob sie Anhänger des Regimes oder aber Anhänger der Opposition sind, werden gefangen genommen, gefoltert und/oder getötet.

Ob die jüngste Initiative des früheren UN-Generalsekretärs Koffi Annan daran etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Bisher hat sie es nicht getan. Die Reaktion Assads ist wie in vergleichbaren früheren Fällen auch. Erst stimmt er zu, dann stellt er Forderungen und am Ende macht er weiter wie bisher.

Gegenüber dem letzten Bericht vom Januar 2012 hat sich die Situation in Syrien noch einmal dramatisch verschlechtert. Die Zahl der Toten hat sich um weitere 2.500 auf nunmehr mehr als 9.000 erhöht, die Zahl der Flüchtlinge, vor allem in die Türkei, aber auch nach Jordanien (weniger in den Libanon, weil es dort um die Sicherheit der Flüchtlinge nicht zum Besten bestellt ist), hat sich dramatisch erhöht (in Jordanien spricht man von aktuell rund 100.000 syrischen Flüchtlingen, in der Türkei von noch deutlich mehr), und erstmals seit Ausbruch der Kämpfe sind im Berichtszeitraum in der Stadt Homs auch ausländische Reporter ums Leben gekommen.

Die Hilflosigkeit der internationalen Staatengemeinschaft, das zunehmend hemmungslose Töten in Syrien zu beenden, wurde im Berichtszeitraum immer deutlicher sichtbar.

Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die ein Ende des Blutvergießens in Syrien zum Ziel hatten, hat insbesondere Russland mehrfach nicht mitgetragen. Stattdessen wurden auf Zypern und in der Türkei Waffen- und Munitionslieferungen, die von Russland und dem Iran an das syrische Regime adressiert waren, aufgebracht.

Saudi-Arabien hat im Nachgang des arabischen Gipfeltreffens vom 28. und 29. März 2012 in Bagdad mitgeteilt, dass es die syrische Opposition künftig mit Waffen beliefern möchte. Die USA und andere westliche Staaten tragen sich bereits seit längerem mit dem Gedanken, an die syrische Opposition Waffen zu liefern. Der US-amerikanische Senator John McCain hat in den zu-

rückliegenden Wochen wiederholt Luftangriffe auf Syrien gefordert. Er plädiert für ein militärisches Eingreifen des Westens und der anderen arabischen Staaten in Syrien, ähnlich wie man es in Libyen getan hat. Nach den Worten McCains gebietet dies die Menschlichkeit. Die einzige Einschränkung gegenüber Libyen ist, dies nicht mit Bodentruppen, sondern ausschließlich von der Luft aus zu tun. Die Einrichtung von Flugverbotszonen sowie Flüchtlingskorridoren an den Grenzen, insbesondere an der Grenze zur Türkei, wird auch von dem türkischen Premierminister *Recep Tayyip Erdogan* immer wieder gefordert. Senator McCain geht in diesem Punkt weiter. Er fordert massive Luftangriffe gegen Stellungen und Flugplätze des syrischen Regimes. Er befindet sich diesbezüglich in völliger Übereinstimmung mit dem Emir von Katar, Scheich *Hamad ibn Chalifa Al Thani*, der selbiges auch bereits mehrfach gefordert hat und dabei noch einen Schritt weitergeht, indem er auch den Einsatz von Bodentruppen fordert.

Der Einsatz von Bodentruppen in Syrien, der nach Einschätzung des Berichterstatters nicht kommen wird (schon gar nicht von arabischen Bodentruppen), ist dennoch etwas, was man in Jordanien nicht gerne hört, da man genau weiß, dass dies die Art von Gegenleistung ist, die von einem erwartet wird, wenn man Mitglied im Golf-Kooperationsrat werden möchte. Dass diese Gegenleistung jetzt schon quasi als Beitrittsvoraussetzung gefordert wird, wird sehr genau wahrgenommen. Das Talent, sich von jordanischer Seite nach allen Richtungen hin vorsichtig auszutarieren, wie es der verstorbene *König Hussein II.* von Jordanien über mehr als 40 Jahre sehr erfolgreich verstanden hat, dürfte einmal mehr gefordert sein. Was passieren kann, wenn man sich in die falsche Ecke begibt, weiß Jordanien noch aus dem zweiten Golfkrieg, als es anfänglich die Position des Irak unterstützt hatte. Der Kotau, der notwendig war, um alle, d.h. Golfstaaten wie die USA, wieder versöhnlich zu stimmen, war entsprechend groß (nachdem zuvor die Golfstaaten alle finanziellen Hilfen für Jordanien eingestellt hatten und die USA sich deutlich verärgert zeigten, schwenkte König Hussein schnell und entgegen der Stimmung in der Bevölkerung um). Der Friedensvertrag mit Israel, der 1994 geschlossen wurde, war dem Vernehmen nach Teil dieser Wiedergutmachung (in Verbindung mit der Zusage neuer finanzieller und wirtschaftlicher Hilfen).

Die Sanktionen des Westens gegen Syrien wirken. Sie wirken allerdings langsam und sie treffen am stärksten die Bevölkerung. Anzunehmen, dass diese Sanktionen das Regime in den nächsten Monaten in die Knie zwingen werden, ist unrealistisch. Es mag zwar die Präsidentengattin ärgern, dass sie nunmehr nicht mehr in Europa einkaufen darf, doch ein Einlenken des Regimes wird dies nicht zur Folge haben. Selbiges gilt auch für das Einfrieren von Vermögen in Europa und in den USA oder das verhängte Wirtschaftsembargo für eine Reihe von Export- und Importprodukten. Dies alles sind Nadelstiche und sie ärgern das Regime, sie dürften es aber nicht zum Einsturz bringen. Zumindest nicht so lange, wie es Länder gibt, die als Alternative zur Verfügung stehen. So sind die Sanktionen, die die EU mittlerweile schon fast im Wochentakt verschärft, mehr der Ausdruck der Hilflosigkeit des Westens denn Ausdruck der Stärke. Man weiß einfach nicht, wie man das Regime zum Einlenken bewegen kann.



Die am 26. Dezember 2011 begonnene Beobachtermission der Arabischen Liga war ein Misserfolg, wie er größer fast nicht hätte sein können. Schlecht vorbereitet, an der Spitze ein als umstritten zu bezeichnender sudanesischer General, *Mohammed al-Dabi*, der im Dafour-Konflikt eine zumindest zwielichtige Rolle gespielt haben soll, und dann noch vom syrischen Regime an der Nase herumgeführt. Was hätten die 165 Beobachter der Arabischen Liga, darunter auch 12 aus Jordanien, unter solchen Voraussetzungen auch erreichen sollen bzw. können? Als sich bereits nach den ersten zwei Wochen, d.h. zu Beginn des Jahres 2012, das Desaster abzuzeichnen begann, wurde schnell nach Möglichkeiten gesucht, den Misserfolg abzuwenden. Auf Antrag der Arabischen Liga sagte die UN zu, Beobachter auszubilden. Das Programm sollte in Ägypten durchgeführt werden. Wie viele Beobachter ausgebildet hätten werden sollen, wie viele und welche Experten diese Ausbildung hätten durchführen sollen und ob es am Ende überhaupt zu dieser Maßnahme gekommen ist, war vor Ort nicht mehr in Erfahrung zu bringen. Vielleicht hat man das ganze Vorhaben eingestellt, nachdem man die Beobachtermission, die zunächst am 19. Januar 2012 ausgelaufen war und die man dann doch noch einmal um vier Wochen, bis zum 23. Februar 2012, verlängert hat, am 28. Januar 2012 endgültig beendet hat. Der Peinlichkeit nicht genug, hat ein Vertreter der syrischen Regierung am Abend desselben Tages im syrischen Staatsfernsehen sein 'Bedauern' über die 'überraschende' Entscheidung der Arabischen Liga zum Ausdruck gebracht, ihre Mission zu beenden. Die Hämie war nicht zu überhören, die Schadenfreude nicht zu übersehen. Der Beitrag endete mit den Worten, dass man auch künftig einer Beobachtermission der Liga offen gegenüber stehe. Warum auch nicht. Von der vorzeitig beendeten Mission hatte das Regime nichts zu befürchten. Wenn auch künftige Beobachtermissionen so ablaufen, warum sollte das syrische Regime dann dagegen Einwände haben.

Derweil sollen auch im Berichtszeitraum wieder hohe Offiziere und Regierungsvertreter, darunter auch der stellvertretende Ölminister des Landes, *Abdo Hussameldin*, die Seiten gewechselt haben. Auch wenn immer wieder gemeldet wird, dass die Erosionserscheinungen sich fortsetzen, so ist dies, wie so vieles andere auch, objektiv nicht nachzuprüfen. Beide Seiten, Opposition wie Regime, nutzen die Medien und hier insbesondere die Kraft der Bilder, um ihre Sicht der Dinge in die Welt zu tragen. Spätestens seit bekannt wurde, dass der arabische Nachrichtensender Al Jazeera mit objektiv falschen Bildern über vermeintliche Gräueltaten des Regimes berichtet hatte, ist das Vertrauen in die Berichterstattung erschüttert. Nicht zuletzt seit den Kämpfen in Libyen in 2011 weiß man, dass nicht nur die Regierungsseite zu Handlungen bereit ist, die sich mit allen bekannten Menschenrechtskonventionen nicht vereinbaren lassen. In Syrien scheint dies nicht anders zu sein. Das Gesagte soll nicht beschönigen, was von Seiten des Regimes an Verbrechen begangen wird. Es soll nur deutlich machen, dass auf der anderen Seite auch die Opposition nicht davor zurückschreckt, mit zu verurteilenden Maßnahmen für ihre Sache zu kämpfen.

Dass die Kämpfe in Syrien neben den Freiheitsbestrebungen eines Teils des syrischen Volkes mittlerweile auch einen klar religiös motivierten Hintergrund haben, kann nicht länger in Abrede gestellt werden. Da stehen sich auf der einen Seite das überwiegend schiitische syrische Regime, mehr oder we-

niger vom Iran, dem Irak sowie Russland und China unterstützt, bzw. von Staaten wie Brasilien, Libanon, Südafrika und Indien toleriert, und auf der anderen Seite eine überwiegend sunnitisch geprägte Opposition, mit Unterstützung aus den USA, dem Westen und der Mehrzahl der (sunnitischen) arabischen Staaten, insbesondere Saudi-Arabien und Katar, gegenüber.

Die Achse Syrien - Iran basiert weniger auf der gemeinsamen (schiitischen) Religion. Zwar sind die in Syrien regierenden Alawiten Schiiten, sie sind andererseits aber auch Araber und keine Perser, wie die Mehrheit der Schiiten im Iran. Ihren Glauben praktizieren die Alawiten in einer Art und Weise, die mit der Religionsausübung der Schiiten im Iran nichts gemein hat. Vermutlich stehen die Wahhabitiden in Saudi-Arabien den Schiiten im Iran in religiöser Hinsicht sogar näher (was die Ehrfurcht und den Gottesglauben angeht). Die Achse Iran - Syrien (und in der Verlängerung mit einbezogen die schiitische Hisbollah im Libanon und die sunnitische Hamas im Gazastreifen) beruht stärker als auf religiösen Gemeinsamkeiten auf dem Aspekt der Ablehnung des Staates Israel.

### **Thomas Gebhard**

**Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Amman, Jordanien**

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 03. April 2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstrasse 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)